Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 25 (2005)
Heft: 48

Artikel: Hat das europäische Sozialmodell noch eine Zukunft?
Autor: Krätke, Michael R.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651846

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Michael R. Krätke

Hat das europäische Sozialmodell noch eine Zukunft?

Nach der „großen Zeitenwende" 1989/90 scheint auch die Linke nur noch die Wahl zwischen verschiedenen Kapitalismen zu sehen. Kapitalismus versus Kapitalismus heißt demnach die neue Systemalternative. Links sein bedeutet heute in Europa (wie übrigens auch in den USA), für den „guten", den „besseren" Kapitalismus, seine zivilisiertere Variante Partei zu ergreifen. In Europa wie in Asien und Amerika besteht kein Zweifel darüber, welche Spielart des Kapitalismus die bessere sei: Der europäische oder auch (enger begrenzt) „rheinische" Kapitalismus! Leider gilt diese Spielart des Kapitalismus zwar als „besser", aber nicht mehr als konkurrenzfähig, geschweige denn als überlegen. Ob der europäische Kapitalismus, soweit es ihn gibt, noch eine Zukunft hat, wird im Blick auf die neue, globale Konkurrenz der Kapitalismen lautstark bezweifelt. Die politische Klasse hat den europäischen Kapitalismus, zumindest in seinen zivilisierteren Varianten, schon abgeschrieben. Und mit ihm auch die Zukunft des Projekts, von dem die europäische Sozialdemokratie seit dem Ende des zweiten Weltkriegs lebt.

Von außen gesehen, erscheint Europa als Einheit. Von innen besehen, ist es mit der Einheit nicht so weit her. Von außen, etwa von Asien oder von Lateinamerika aus gesehen, mag Europa als ein nachahmenswertes Modell erscheinen, ein Modell, das zumindest eine diskutable Alternative zum US-amerikanischen Kapitalismus bietet. Von innen betrachtet, herrschen Unsicherheit und tiefe Zweifel an der Überlebensfähigkeit des eigenen „Modells". Von Osteuropa her gesehen, erscheint das „europäische Modell" als eine Sache des „alten", des westlichen Europa, vor allem aber als überholt. Europa ist seit jeher ein geographisch schlecht definierter Begriff gewesen; als kulturelle Einheit ist es kaum eindeutig zu bestimmen. Europa ist keine Gesellschaft, obwohl es mittlerweile von „Europäern" wimmelt; Europa ist ein Verbund von Nationen, also Staatsgesellschaften, die vom Nationalismus, also von Kunstfiguren der Politik des 19. Jahrhunderts leben. Darüber hat sich eine neue Kunstfigur „Europäische Union" gelagert. Sie beruht bis heute in erster Linie auf einem Elitenkonsens, den die Masse der Wahlbürger/innen mit einer Mischung aus Furcht und Skepsis betrachtet.

Mit dem „europäischen Kapitalismus" verhält es sich ähnlich. Abgesehen von der historischen Tatsache, dass der moderne Kapitalismus in Europa entstanden ist und sich von hier aus mittlerweile fast über die gesamte Welt ausgebreitet hat, haben die kapitalistischen Länder Europas eine enorme Vielfalt an institutionellen Formen und Regelungen hervorgebracht, die sich nur schwerlich auf einen Nenner bringen lassen, schon gar nicht auf den eines „rheinischen" Kapitalismus. Diese im politischen Diskurs der

Gegenwart beliebte Formel wird von Sozialwissenschaftlern lieber nicht in den Mund genommen. In der komparativen politischen Ökonomie werden zwei entgegengesetzte Positionen diskutiert: Die eine geht davon aus, dass jedes Land, jede der historisch gewachsenen „Nationalökonomien" in Europa ihr eigenes Modell entwickelt hat; es gibt einen unverwechselbaren „deutschen", „französischen", „britischen" Kapitalismus (vgl. Crouch/ Streek 1997). Die andere Position gliedert die verschiedenen nationalen politischen Ökonomien Europas sinnvoll nach drei Hauptmodellen, denen die einzelnen Länder mehr oder weniger folgen – vom „Marktkapitalismus", in Europa vor allem in Großbritannien zu finden, über den „gemanagten Kapitalismus", wie er in Deutschland, den Niederlanden, Österreich und den skandinavischen Ländern zu finden sei, bis hin zum „Staatskapitalismus" französischer oder italienischer Prägung.

Diese drei idealtypischen Modelle werden nach der Art der Beziehungen der Unternehmen untereinander, einschließlich der Beziehungen zwischen Industrie und Finanz, nach der Art der Beziehungen zwischen Staat und Privatunternehmen bzw. Staat und Gewerkschaften und nach der Art der betrieblichen und überbetrieblichen „industriellen" Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit unterschieden. Von beiden Positionen aus wird diskutiert, ob sich eine Tendenz zur Konvergenz ausmachen lässt oder ob die vorhandenen Divergenzen bleiben oder sich gar noch verstärken. Wenn es möglich wäre, eine eindeutige Tendenz zur Konvergenz der europäischen Kapitalismen auszumachen, könnte man in der Tat in absehbarer Zeit mit Fug von einem „europäischen Kapitalismus" reden. Aber dem Erkenntnisstand der Forschung entspricht das nicht. Auf eine kurze Formel gebracht: Der europäische Kapitalismus bleibt divers und die einzelnen Länder bzw. Regionen bleiben unterschiedlichen „Modellen" verhaftet – und das, obwohl sich alle in jüngster Zeit in die gleiche Richtung bewegt haben, hin zu mehr Marktregulierung, allerdings in nach wie vor sehr unterschiedlichen Formen und Geschwindigkeiten (vgl. Schmidt 2002, 109, 112ff.).

Dass die Vielfalt des europäischen Kapitalismus nicht geringer wird, ist nicht selbstverständlich. Denn die kapitalistischen Länder Europas stehen einzig in der kapitalistischen Welt, in einem politischen und ökonomischen Prozess, genannt „europäische Integration". Diese „Europäisierung" ist vor allem für die Unternehmen weit wichtiger als die „Globalisierung". Am Gemeinsamen Markt, der faktischen und formellen Marktintegration über die Ländergrenzen hinweg, wird seit Jahrzehnten gearbeitet. Dennoch sind wir in EU-Europa noch weit von einem einheitlichen Marktsystem mit gleichen Spielregeln entfernt. Nach wie vor ist ein europäischer Finanzmarkt ein Projekt, keine Realität, von einem europäischen Arbeitsmarkt ganz zu schweigen. Das ändert allerdings nichts daran, dass EU-Europa heute die de facto am stärksten integrierte Großregion der Weltwirtschaft bildet (im Blick auf industrielle, Handels- und Finanzverflechtungen).

Sozialstaatlichkeit in Europa – die Vielfalt der Sozialstaats-„Modelle"

Wenn es etwas gibt, das die Kapitalismen in Europa vom Kapitalismus in anderen Teilen der Welt abhebt, dann ist es der Sozialstaat. Die Mitgliedsstaaten der EU, mit Ausnahme der osteuropäischen Beitrittsländer, gehören zur kleinen, aber feinen Spitzengruppe der am höchsten entwickelten Sozialstaaten, nicht nur weltweit, auch in der OECD, also im Club der führenden Industrie- und Welthandelsländer. Aber diese Sozialstaaten sind alles andere als einheitlich, im Gegenteil. Wir finden in Europa, auf engstem Raum, eine enorme Vielfalt von Sozialstaaten, die allesamt das Resultat historischer Kompromisse unter sehr unterschiedlichen Bedingungen sind. Um mit dieser Vielfalt hantieren zu können, nehmen die meisten Sozialwissenschaftler heute eine Typologie von drei bis fünf „Modellen" zu Hilfe, die auf Esping-Andersen (1990) zurückgeht: Vom „liberalen" Sozialstaat (Großbritannien, Irland), über den „konservativen" (Frankreich, Deutschland, Österreich), den „sozialdemokratischen"(Schweden, Dänemark) bis zum „residualen" oder „rudimentären" Typus (Griechenland, Spanien).

Mit Hilfe einer solchen Typologie lassen sich die wichtigsten Unterschiede zwischen den Sozialstaaten Europas im Blick auf ihre sozialen Sicherungssysteme, deren Finanzierung, ihre (Um)verteilungseffekte, ihre sozialen Dienstleistungen, ihre Mindeststandards usw. beschreiben, aber nicht erklären. Trotz sehr ähnlicher Problemlage sind die europäischen Sozialstaaten in den vergangenen Jahren in aller Regel ganz unterschiedlich mit Arbeitslosigkeit, Verarmung, Überalterung, irregulärer Beschäftigung, Schwarzarbeit usw. umgegangen – entsprechend den historisch gewachsenen Strukturen und institutionellen Formen ihrer Sozialsysteme; Sozialwissenschaftler sprechen von „Pfadabhängigkeit". Dabei haben einige europäische Sozialstaaten durchaus vergleichbare Strategien verfolgt – wie z.B. die Strategie der Frühverrentung als Antwort auf die anhaltende Massenarbeitslosigkeit.

So etwas wie ein „europäisches Sozialmodell", wie es in zahlreichen Dokumenten der EU-Kommission, des Ministerrates und des Europäischen Parlaments beschworen wird, gibt es jedoch nicht. Auch die Gewerkschaften liegen falsch, wenn sie wieder und wieder das „europäische Sozialmodell" ins Feld führen und dabei auf eine Kombination von Demokratie, öffentlichen Diensten, sozialer Sicherung, Solidarität, Tariffreiheit und Marktwirtschaft verweisen. Die gibt es ohne Zweifel auch in den außereuropäischen Sozialstaaten wie den USA oder Japan.

Auch der Hinweis auf das im Durchschnitt höhere Sozialleistungsniveau in den europäischen Sozialstaaten macht die Rede vom „europäischen Sozialmodell" nicht plausibler. Denn für die Sozialstaaten der USA und Japans gilt schlicht, dass ein niedrigeres Niveau öffentlicher (staatlicher) Sozialleistungen dadurch kompensiert wird, dass die Elemente der „company welfa-

re" (betriebliche Sozialpolitik) und der „fiscal welfare"(Sozialpolitik mittels Steuern) eine weit größere Rolle spielen als in den meisten europäischen Sozialstaaten (wo sie allerdings auch nicht fehlen). Das denkbare Argument, das europäische Sozialmodell beruhe vor allem auf der Anerkennung sozialer Bürgerrechte (die in der Tat in vielen europäischen Verfassungen genannt, mitunter sogar detailliert beschrieben werden, wie in der Verfassung der Republik Italien), verfängt nicht. Denn nur einige europäische Sozialstaaten haben in der Tat ein Recht auf „universalistische Sozialleistungen" für alle ihre Bürger institutionalisiert; auch diese Rechte gelten nur für einige wenige Sozialleistungen und keineswegs bedingungslos.

Umbau oder Zerstörung der Sozialstaaten in Europa?

Europäisierung vor Globalisierung. Dieses Politikmuster hat mit dem sogenannten Lissabon – Prozess, das heißt mit der gemeinsamen Strategie, die auf dem EU-Gipfel in Lissabon 2000 vereinbart wurde, einen neuen Schub bekommen. Und zwar einen Schub, der in eine deutlich andere Richtung weist, als das bisher in der europäischen Union üblich war. EU-Europa sollte bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt werden, EU-Europa sollte im Kampf um die Weltmärkte den wichtigsten Konkurrenten USA, Japan und China die Stirn bieten. Mit der Lissabon-Strategie hat die EU einen Politikwechsel vollzogen, an dem schon seit langem gearbeitet wurde. Statt einen „gemeinsamen Binnenmarkt" mittels Angleichung und/oder „Harmonisierung" der marktrelevanten Regulierungen in den Mitgliedsländern herbeizuführen, setzt die EU nunmehr offiziell auf den „Wettbewerb" zwischen den Mitgliedsländern um die jeweils besten, d.h. wettbewerbstauglichsten Politiken. Sie institutionalisiert und fordert die „Standortkonkurrenz" zwischen den Mitgliedsstaaten, die fortan miteinander um die Gunst des Kapitals kämpfen sollen. Statt des altehrwürdigen liberalen Ziels, eine annähernde Gleichheit der Konkurrenzbedingungen in der Großregion EU-Europa herbeizuführen, setzt die offizielle europäische Politik nunmehr auf die Ungleichheit der Konkurrenzbedingungen, die dem mobilen Kapital das unschlagbare Droh- und Druckmittel des Standort- oder sogar des Regime-Shopping zwischen den Mitgliedsstaaten der Union an die Hand gibt. Die Mitgliedsstaaten sollen sich im ständigen Wettbewerb gegenseitig fit machen für den Kampf mit der globalen Konkurrenz.

Im Namen der Wettbewerbsfähigkeit wetteifern alle Instanzen der EU um eine „Modernisierung" der europäischen Sozialstaaten, und die Regierungen der meisten Mitgliedsländer eifern mit: um einen „aktivierenden" Sozialstaat, der aktuelle und potentielle Sozialleistungsempfänger der Disziplin des Arbeitsmarkts unterwirft, um „private" Formen der sozialen Sicherung, die den Sozialversicherungsstaat verschlanken und effizient gestalten sollen. Die Strategie der „Modernisierung" folgt dem Dogma, man

brauche nur die Unternehmen im europäischen und globalen Wettbewerb von „sozialen Lasten" zu befreien, die positiven Beschäftigungseffekte, bis hin zur Vollbeschäftigung, würden sich dann schon einstellen.

Sozialstaatsreform ist ein mühsames Geschäft. In allen europäischen Ländern, in denen in den letzten 10 bis 15 Jahren „Reformen" des Sozialstaats betrieben wurden, hat sich gezeigt, wie hartnäckig die Sozialstaatsbürger/innen an ihren wohlerworbenen Rechten festhalten, wie erfolgreich sich die Sozialstaatsbürokratien in ihren Institutionen verschanzen. Ohne Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie, der traditionellen Schutzmacht derer, die auf den Sozialstaat angewiesen sind, ist bisher noch keine der im Lissabon-Prozess angestrebten „Reformen" zustande gekommen. Die europäische Sozialdemokratie selbst ist daher das erste Opfer dieser Reformpolitik, die sie ihren Wählern und Anhängern entfremdet. Vielen Sozialstaatsbürgern war nicht mal mit Hilfe ständig wiederholter Katastrophenszenarios plausibel zu machen, dass die Verluste an Rechten und Transferleistungen, die ihnen überall abverlangt wurden, notwendig und legitim seien. Im Reformprozess sind die Sozialstaaten in allen europäischen Ländern beschädigt worden, die Masse der Sozialstaatsbürger hat überall Leistungen und Rechte verloren, aber eine Strukturreform an Haupt und Gliedern ist in keinem der europäischen Sozialstaaten bisher gelungen.

Mit dem Lissabon-Prozess sind drei Patentrezepte in den Rang offizieller Politikziele erhoben worden: Das Konzept des „aktivierenden" Sozialstaats, das Konzept der Privatisierung der sozialen Sicherung, die der gewünschten „Eigenverantwortung" der Sozialstaatsbürger auf die Sprünge helfen würde, und das Konzept der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, das heißt der Förderung irregulärer, prekärer Beschäftigungsverhältnisse und eines wachsenden Niedriglohnsektors. Im Blick auf die gewünschten Wachstums- und Beschäftigungsziele ist die Lissabon-Strategie gescheitert, wie die Evaluationskommission unlängst konstatiert hat (vgl. Kok 2004), aber als sozialpolitische Strategie hat sie in einigen europäischen Sozialstaaten Wirkung gezeigt. Da die neue EU-Kommission unter Barroso fest entschlossen ist, die Lissabon-Strategie weiterzuverfolgen, darf man unterstellen, dass der begonnene, neoliberal geprägte Umbau der europäischen Sozialstaaten weitergehen wird. Das Volumen der Sozialtransfers hat kaum abgenommen, von einer „Verschlankung" des Sozialstaats kann in den meisten europäischen Ländern keine Rede sein, auch wenn die „Lasten" der Finanzierung mittlerweile überall zugunsten der Unternehmer verlagert worden sind; viel wichtiger sind die schleichenden Strukturveränderungen, der Politikwechsel, der im Gang ist.

Die Politik der „Aktivierung" des Sozialstaats ist in einigen europäischen Sozialstaaten bereits in Gesetzesform gebracht worden (das „Jobaktivgesetz" und die Hartz-Gesetze in Deutschland, der „Plan d'aide au retour à l'emploi" in Frankreich, ähnliche Programme in Belgien, Dänemark, den Niederlanden, Irland). Alle folgen der simplen Logik, jeden „Sozialfall"

zu lösen, indem mit hartem und hartnäckigem bürokratischem Druck, unterstützt von einem System von Geldstrafen (Leistungskürzungen), die Anpassung an die Imperative des Arbeitsmarkts, die Unterwerfung unter das heilige Prinzip der „Verwertung" und „Vermarktung" jedes Individuums (im Jargon „employability" oder „Arbeitsmarktfähigkeit") erzwungen wird. Diese Sozialpolitik, die nicht weniger, sondern eher mehr kostet als die bisherige (vor allem an bürokratischem Aufwand), hat zwar so gut wie keine Beschäftigungseffekte gehabt, dient aber dazu, die kollektive Illusion einer Rückkehr zur Vollbeschäftigung am Leben zu halten.

Es gibt in Europa nur drei Länder, in denen Pensionsfonds in den sozialen Sicherungssystemen eine große und tragende Rolle spielen – Großbritannien, die Niederlande und die Schweiz. In den übrigen europäischen Ländern sind in den letzten Jahren viele Versuche unternommen worden, die vorhandenen Betriebsrentensysteme zu „deregulieren", das heißt für eine europaweite Konkurrenz zu öffnen, und zugleich den Sozialstaatsbürgern den Sprung in private Alters–, Kranken- und Berufsunfähigkeitsversicherungen schmackhaft zu machen. Der Renten- oder Pensionsfonds-Kapitalismus steht in den meisten europäischen Ländern am Anfang und hat noch viel Boden zu gewinnen – zu Lasten der vorhandenen, staatlich organisierten Sozialversicherungen. Für diesen Umbau der europäischen Sozialstaaten engagieren sich in erster Linie die großen Finanzmarktakteure, die ein gigantisches Marktpotential von Hunderten von Millionen Versicherungskunden vor sich sehen. Um die gut verdienenden und relativ stabil beschäftigten Lohnarbeiter in die Arme der Privatversicherer zu treiben, müssen die Leistungen der Sozialversicherungen weit drastischer reduziert werden, als das bisher der Fall war. Für die Fanatiker der Sparpolitik gibt es hier in den nächsten Jahren noch viel zu tun, um endlich einen Massenmarkt für „private Vorsorge" in allen europäischen Ländern zu schaffen. Die EU unterstützt diesen Prozess mit der geplanten Schaffung eines integrierten europäischen Finanzmarkts. Auf dem könnten sich konkurrierende Pensionsfonds und Krankenversicherungen EU-weit tummeln.

Die Förderung prekärer, irregulärer Beschäftigungsverhältnisse neben und zunehmend auch an Stelle regulärer, „normaler" Beschäftigungsverhältnisse ist ebenso kräftig betrieben worden wie die Entwicklung von Niedriglohnsektoren. Damit hat die „europäische Beschäftigungspolitik" eine ganz andere Dynamik erhalten, als ihre Befürworter gedacht hatten. Befristet und in Teilzeitbeschäftigte gab es schon früher, auch Niedriglöhner und alle möglichen Formen prekärer Beschäftigung, obwohl erst einige davon in jüngster Zeit legalisiert worden sind. Aber sie wurden nicht angestrebt, schon gar nicht zur Norm für einen „flexiblen" Arbeitsmarkt erhoben. Obwohl „Normarbeitsverhältnisse" (orientiert am Leitbild des hochqualifizierten Facharbeiters mit de facto lebenslanger Beschäftigung in derselben Branche oder demselben Betrieb) keineswegs marginalisiert

oder „ausgehöhlt“ worden sind, liegt der Schwerpunkt der Beschäftigungsentwicklung, politisch gewollt, bei den prekären Beschäftigungsverhältnissen. Prekär Beschäftigte und Niedriglöhner sind die Heloten des Sozialstaats; nur in den europäischen Sozialstaaten, die „universalistische“ und steuerfinanzierte Sozialleistungen von einigem Gewicht kennen, ist die Ungleichheit zwischen dem neuen Proletariat der prekär Beschäftigten und den „Normalarbeitern“ weniger krass.

Als Wachstums- und Beschäftigungsstrategie ist der Lissabon-Prozess vorerst gescheitert. Seine Folgen sind bereits sichtbar bzw. absehbar. Wir erleben eine massive Reproletarisierung und zugleich Spaltung, ja Fragmentierung der abhängig Beschäftigten (und vieler kleiner „Selbständiger”) in allen europäischen Ländern. Gewiss gibt es Nutznießer der gegenwärtigen Reformpolitik: Gutbezahlte, hochqualifizierte, privat versicherte Arbeitnehmer in einigen Hochtechnologie-Branchen und wenigen (multinationalen) Großunternehmen, die den Sozialstaat nicht mehr zu brauchen meinen, obwohl gerade sie von betrieblichen Sozialleistungen und Steuersubventionen abhängig sind. Für die Masse der abhängig Beschäftigten dagegen ist die soziale Sicherheit, die der Sozialstaat bieten sollte, nicht nur geringer, sondern vor allem selbst unsicher geworden. Die altbekannte „Unsicherheit der Lebenslage”, einst das hervorstechende Merkmal der Proletarität, nimmt wieder zu – nur ist es diesmal der „reformierte“ Sozialstaat, der sie mit erzeugt. Dazu kommt die wachsende Ungleichheit zwischen den Sozialstaatsbürgern und -bürgerinnen, insbesondere zwischen „normal“ und „prekär“ Beschäftigten, zwischen denen, die noch in den Arbeitsmarkt integriert sind, und der wachsenden Zahl der Marginalisierten und Ausgeschlossenen, die im reformierten Sozialstaat als Teil der offiziellen „Arbeitsreserve“ behandelt werden, dennoch keine Chance auf eine reguläre, dauerhafte Beschäftigung haben. Im „reformierten“ Sozialstaat wird selbst der Anspruch aufgegeben, diese Spaltungen der bürgerlichen Gesellschaft mildern oder gar verhindern zu können.

Die wichtigsten und altbekannten Probleme der „alten“ Sozialstaaten Europas werden mit den heutigen Reformen jedenfalls nicht gelöst. Die Armut und die Armutsbevölkerung ist in den meisten europäischen Ländern gewachsen, die Verarmungsrisiken für wachsende Teile der Arbeiterbevölkerung gestiegen. Die „reformierten“ Sozialstaaten zeigen Härte gerade denen gegenüber, die sie am meisten brauchen (OECD 2004).

Eine linke Strategie für ein europäisches Sozialmodell

Wir brauchen eine Reform der europäischen Sozialstaaten, aber nicht die, die derzeit – aus den falschen Gründen, mit üblen Folgen – im Gang ist. Die wirklichen Probleme der „alten“ europäischen Sozialstaaten werden mit den derzeitigen Reformen keinesfalls gelöst. Von einer ernsthaften Bemühung um eine Harmonisierung der sozialen Sicherungssysteme kann

keine Rede sein, die transnationale europäische Sozialpolitik stagniert auf niedrigstem Niveau; von einem einheitlichen europäischen Arbeitsmarkt sind wir in EU-Europa so weit entfernt wie eh und je.

Das „europäische Sozialmodell" hat seine Zukunft noch vor sich. Die europäische Linke könnte es zu ihrem Markenzeichen machen, zu ihrem gemeinsamen Projekt, wenn sie sich nur traute. Noch immer erfreut sich in den meisten europäischen Ländern das Konzept des Sozialstaats, der nicht nur Kapitaleigentümern, sondern allen seinen Bürgern verpflichtet ist, breitester Unterstützung. Das neoliberale Ideal des minimalen Staats, der sich auf reine Armenfürsorge zurückzieht, hat noch lange nicht gewonnen, auch wenn die dazu gehörenden Marktideologien in den Köpfen der sogenannten Eliten dominieren. Heute spricht alles für einen „starken" Sozialstaat: Auch ein eingefleischter Globalisierungsskeptiker wird nicht bestreiten, dass die „sozialen Risiken" (Arbeitslosigkeit, Verarmung, Ausschließung) für die meisten Erwerbstätigen gewachsen sind und weiter wachsen. Mittlerweile sind auch bislang privilegierte Gruppen (Facharbeiter, Akademiker, öffentlicher Dienst) vom Risiko des sozialen Absturzes bzw. der dauerhaften Unsicherheit der Lebenslage (bei prekärer Beschäftigung) betroffen. Neben der Kinder- und Frauenarmut werden wir schon bald wieder mit wachsender Altersarmut zu tun bekommen. Auch im alten Europa steigt die Zahl der „working poor" (arbeitenden Armen).

Ein europäisches Sozialstaatsmodell, das auch Elemente einer institutionalisierten transnationalen Sozialpolitik im EU-Maßstab einschließt, wäre ein reformistisches Projekt. Es würde die schon vorhandene ökonomische Integration in EU-Europa verstärken. Nur ein klarer Bruch mit der Lissabon-Strategie könnte es in Gang bringen. Vor allem braucht es in der Tat „neues Denken", also ein paar radikale Brüche mit den heute vorherrschenden Ideen von „Reichtum", von „guten Leben", von „Investitionen" (insbesondere „Zukunftsinvestitionen") und „Innovation", also eine Befreiung der Köpfe von den Marktmythen der Gegenwart. Wer anders aber als die europäische Linke sollte imstande sein, den Bürgern der Union ein paar einfache Wahrheiten wieder ins Gedächtnis zu rufen: Der Wert eines Menschen ist nicht sein Marktwert; es gibt einen Zusammenhang zwischen dem „guten Leben" für einzelne und dem „gute Leben" für alle; gesellschaftlicher Reichtum ist nicht gleich der Summe privater Geldvermögen; in einer Gesellschaft ohne Armut lässt es sich besser leben als in einer Marktgesellschaft mit ihrem unvermeidlichen Bodensatz an Marginalisierten und Ausgeschlossenen; „Investitionen" oder Zukunftsausgaben sind keineswegs nur solche, die Privatleuten einen Profit abwerfen; vieles, was nach heutiger Konvention als „Konsum" oder gar als „unproduktiv" (Unkosten) gilt – wie die Masse der Bildungsausgaben, viele Sozialausgaben –, ist eine Investition mit dauerndem Nutzen für die lebenden und zukünftigen Generationen.

Eine linke Strategie für ein europäisches Sozialmodell umfasst drei komplementäre Komponenten – national, interstaatlich und transnatio-

nal. Auf der *nationalen* Ebene gilt es das zu tun, was die Vordenker des sogenannten „Dritten Weges" immer versäumt haben: eine glaubwürdige und rationale Strategie gezielter „sozialer Investitionen" zu betreiben. Die setzt allerdings nicht weniger, sondern wenigstens ebensoviel an „sozialer Sicherheit" mittels Transferleistungen voraus, wie wir heute haben (vgl. Esping -Andersen 2002, 5). Sie bedingt eine Neuorientierung der Familien- oder besser: der Kinder- und Jugendpolitik, und sie führt unweigerlich zu einer Neubestimmung dessen, was im reichen EU-Europa das „soziale Alter", der sogenannte „Ruhestand" bedeuten soll und wie dieser zu institutionalisieren ist.

Auf der *zwischenstaatlichen* Ebene gilt es, einen europäischen Arbeitsmarkt herzustellen, der den Erwerbstätigen in Europa Freizügigkeit, berufliche und soziale Mobilität gewährt – ohne die Form des Lohn- und Sozialdumpings, die gegenwärtig, dank der von oben verordneten Verschärfung des innereuropäischen Konkurrenzdrucks, im Schwange ist. Ein „soziales" Europa braucht erheblich mehr Mobilität der Lohnarbeiter/innen als bisher; das heutige Niveau ist geradezu lächerlich niedrig. Dazu bedarf es einer Harmonisierung statt der von oben betriebenen „Konkurrenz" der europäischen Sozialsysteme, die im Abschotten des jeweils eigenen, nationalen Arbeitsmarkts gegen unerwünschte Konkurrenz ihr notwendiges Gegenstück findet. Notwendig ist eine solche Harmonisierungspolitik, weil es die enorme Verschiedenheit der nationalen Sozialsysteme ist, die das wichtigste Mobilitätshindernis im heutigen EU-Europa bildet, selbst für junge und hochqualifizierte Fachleute. Ohne wirkliche Harmonisierung der Sozialsysteme, einschließlich der Bildungs- und Gesundheitssysteme, wird es keinen europäischen Arbeitsmarkt geben. Zu einer konsequenten Harmonisierungspolitik, die nicht auf die wundersamen Wirkungen der von oben entfesselten Dumping-Konkurrenz setzt, gehört ein europäischer Mindestlohn ebenso wie ein europäisches Tarifrecht, europäische Mindeststandards für Berufsausbildungen und Diplome aller Art, eine europaweit einheitliche Regelung von Pensions- und Rentensystemen, die die Mitnahme und Anrechnung von erworbenen Pensions- und Rentenansprüchen über alle Landesgrenzen hinweg ermöglicht. Zur Harmonisierung gehört die Umsetzung der europäischen Sozialcharta in ein europäisches Sozialrecht (mit entsprechender Gerichtsbarkeit).

Auf der *transnationalen* Ebene brauchen wir eine weit stärkere Rolle für die europäischen Fonds (den Sozialfonds, den Kohäsionsfonds usw., vgl. Krätke 2002) als bisher. Allein diese Fonds sorgen bisher in bescheidenem Umfang dafür, dass das auf nationaler Ebene in der Regel akzeptierte Prinzip der Gleichheit der Lebensbedingungen und -verhältnisse im EU-Europa der Regionen nicht völlig in Vergessenheit gerät. Wenn diese Fonds mehr Gewicht und Wirkung haben sollen, muss die bisherige Finanzierung der Union, und damit der Fonds, gründlich reformiert werden. Wer die europäischen Sozialsysteme harmonisieren will, kommt um eine europäische

Steuerreform nicht herum. Wer sich dem aber stellt, wird einer Neubestimmung der Rolle EU-Europas in der Weltökonomie nicht ausweichen können. Damit sind wir beim entscheidenden Punkt, der Gretchenfrage für die europäische Linke: Wie halten wir es mit der Weltwirtschaftsmacht EU-Europa, die sich seit längerem in einem unerklärten Kampf um die Vorherrschaft in Ost-Europa und Asien befindet, einem Kampf, in dem die USA der Hauptgegner sind, ob uns das gefällt oder nicht. Wer diesen Kampf für aussichtslos oder unmoralisch hält, wer ihn vermeiden will, kann das europäische Sozialmodell vergessen und darf sich über die Lissabon-Strategie des innereuropäischen Wettbewerbs nicht beklagen.

Literatur

Crouch, Colin / Streeck Wolfgang, 1997: Political Economy of Modern Capitalism. London

Esping-Andersen, Gosta, 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism. Oxford

Kok, Wim, 2004: Facing the challenge. The Lisbon strategy for growth and employment. Luxembourg

Krätke, Michael R., 2002: Europäischer Wohlfahrtsstaat und transnationale Sozialpolitik. In: Widerspruch, Heft 42, Zürich

OECD 2004: Take up of Welfare Benefits in OECD-Countries. A Review of the Evidence, OECD: Paris

Schmid, Vivien A., 2002: The Futures of European Capitalism. Oxford; Oxford University Press

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monat für Monat finden sich in den „Blättern" auf 128 Seiten Kommentare und Analysen renommierter Autorinnen und Autoren zum Zeitgeschehen in Deutschland, Europa und der Welt.

Die Themen im Juliheft: die Oligarchen in **Russland**, die Dynamik **Europas**, die Unterschiede zwischen **Rom** und den **USA** sowie nukleare **Schurken**, **Algerien** und die Ziele der **Vereinten Nationen**.

Bestellen Sie einfach ein Probeabo: zwei Hefte unverbindlich für 10 Euro. Und bei anschließendem Abobezug erhalten Sie außerdem unsere Archiv-CD – und damit fünfzehn Jahre „Blätter" – kostenlos!

Im Buchhandel oder unter: Tel. 030 / 308836-44, Fax -45, abo@blaetter.de, Blätter Verlag, PF 540246, 10042 Berlin

www.blaetter.de